

Rainer Winkler

## Deutschlands geopolitische Lage im sich wandelnden Europa

### 1. Vorbemerkung

Stabilitätsanker, Brücke, Eckpfeiler, neue Mitte; der Attribute sind viele, mit denen Deutschland seit der politischen Wende 1989/90 bedacht wird. Dieser Beitrag will aus nationaler Sicht die geopolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland in der sich ändernden Raum-Mächte-Konstellation in Europa aufzeigen und den Versuch einer Standortbestimmung der deutschen Interessenlage in Europa unternehmen.

### 2. Die geographische Lage

Eine Betrachtung der geopolitischen Lage Deutschlands in der europäischen Raum-Mächte-Konstellation hat ihren Ausgangspunkt in der geographischen Lage nach Länge und Breite und seinen Grenzen zu Nachbarn. In diesem Zusammenhang wird in jüngster Zeit wieder viel von der deutschen Mittellage gesprochen<sup>1</sup> und dies durchaus kontrovers. Folgt man Heinz Magenheimers Definition des Begriffes >Lage< als der „...Position eines Staates oder Staatenverbandes zu einem anderen Staat oder zu geopolitischen Machtbereichen...“<sup>2</sup>, werden die unterschiedlichen Meinungen verständlich. In der Tat erlaubt die ausschließlich geographische Betrachtung der Lage Deutschlands andere Schlüsse als eine historische. Deutschlands geopolitische Position als einzelner Staat ist anders zu werten als seine Lage als Teil eines Staatenverbandes oder Bündnisses. Daher kann nur die Zusammenschau aller relevanten Faktoren ein gültiges Bild entstehen lassen, das Rückschlüsse auf Deutschlands gesamtpolitische Standortbestimmung erlaubt.

Mit gemeinsamen Grenzen ohne natürliche Barrieren zu neun Nachbarstaaten ist die Zentrallage Deutschlands in Europa eine Tatsache. Dies zeigt sich bereits anschaulich in der Zoneneinteilung im KSE-Vertrag von 1990.

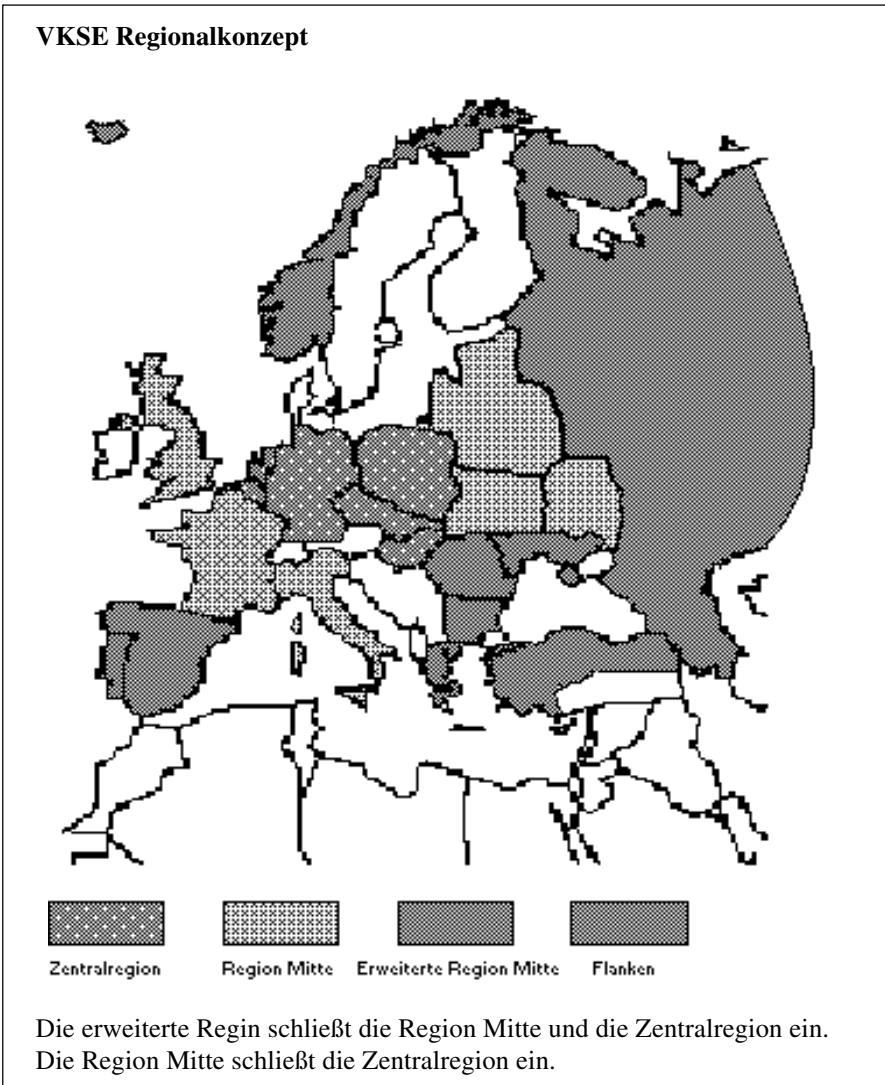
---

\* Rainer Winkler, Oberstleutnant a. D., Mitarbeiter eines MdB, Bonn

<sup>1</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: >Nation< und >Modernisierung< in der deutschen Geschichte, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, Berlin 1993, S. 120.

<sup>2</sup> Heinz Magenheimer: Renaissance der Geopolitik - Deutschland und Mitteleuropa 1890-1990, in: Österreichische Militärzeitschrift, Heft 2/1991, S. 131.

Abbildung 1



Dabei liegt Deutschland sogar noch in dem als Zentralzone bezeichneten Raum in der Mitte, umgeben von den BENELUX- und den Visegrad-Staaten. Der Kreis von Staaten um die Zentralzone herum wird immer noch als Region Mitte bezeichnet.

### 3. Die politische Lage

Aus wirtschafts-, verkehrs-, und informationspolitischer Sicht liegen die Vorteile der zentralen Lage Deutschlands mit ihren kurzen Distanzen auf der Hand. Der Osthandel der westlichen Industriestaaten findet - ebenso wie der Westhandel der mittel- und osteuropäischen Staaten und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion - über das Gebiet und die Schifffahrtswege der Bundesrepublik Deutschland statt. Damit ist das vereinte Deutschland in einer natürlichen Drehscheiben- bzw. Mittlerfunktion zwischen Ost und West, aber auch zwischen den nordischen Ländern und Südeuropa.<sup>3</sup> Seine Rolle als Kernland eines vereinten Europa ist allein daher vorgegeben.

Aus nationalstaatlicher Sicht allerdings könnte die geographische Offenheit nach allen Seiten auch als Nachteil empfunden werden. Deutschland könnte ohne Anlehnung an andere Staaten nur schwer bestehen. Daher hatte es „schon seit den siebziger Jahren (des vorigen Jahrhunderts) nach Verbündeten gesucht.“<sup>4</sup>

Also kann die Drehscheibenfunktion nur erfolgreich ausgefüllt werden, wenn die Mitte nach allen Seiten an ihr Umfeld angeschlossen ist. Das verlangt nach einer Politik des Ausgleichs und der Integration.

### 4. Die historische Lage

Als nach Bismarcks Rücktritt das Deutsche Reich die Politik des Kräfteausgleichs aufgab und eine gewisse Vormachtstellung in Europa anstrebte, störte es damit das Gleichgewicht und provozierte die anderen Mächte zu Gegenmaßnahmen. Immer wenn Kräftefelder in Bewegung geraten oder Machtpole sich zu verschieben drohen, ist eine Situation als instabil zu bezeichnen. So endeten die Versuche des Kaiserreichs und Hitlers, aus einer Position der Stärke eine herausgehobene hegemoniale Stellung gegenüber den Nachbarn einzunehmen und sie in das eigene Kraftfeld einzubeziehen, in einer nationalen Katastrophe. Der Versuch, das deutsche Reich im freien Spiel der Kräfte wie eine Kugel am höchsten Punkt einer konvex gewölbten Fläche ohne Verankerungen zu stabilisieren, mußte scheitern. Auch die Lage Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg war nicht stabil. Durch die rigiden Bestimmungen des Versailler Vertrages wurde es zu einer Art Spielball der beiden Kraftpole außerhalb seines Territoriums. Versuchte das Land, sich durch Verträge einer Seite anzunähern, erregte das Aufmerksamkeit und Nervosität auf der anderen Seite. Die Mächte im Osten wie im Westen versuchten, das

---

<sup>3</sup> Vgl. Lennart Souchon: Die neue deutsche Sicherheitspolitik, Herford/Bonn, 1990, S. 27 ff.

<sup>4</sup> Konrad Adenauer: Erinnerungen, Band 1, Frankfurt am Main und Hamburg, 1967, S. 531.

Land in der Mitte quasi in einem machtpolitischen Schwebestand zu halten, den es aus eigener Kraft nicht überwinden sollte. Diesmal war Deutschland wie eine Kugel in der Mitte des Balkens einer Waage und gleichermaßen Spielball der an den äußeren Enden des Balkens wirkenden Kräfte.

## 5. Die Lage vor 1989

Mit der in eine beispiellose Katastrophe mündenden Geschichte des Dritten Reiches war die besondere deutsche Entwicklung zu Ende. Fortan entfielen, aufgrund tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen, bedingt auch durch den Ost-West-Gegensatz und die Einbindung der Deutschen in das östliche und westliche Bündnisssystem, alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Fortführung der besonderen deutschen Entwicklung; zeitweilig wurde die deutsche Entwicklung eine Funktion der internationalen Politik.<sup>5</sup> Durch die West- bzw. Ostbindung der beiden deutschen Staaten war deutsche Außen- und Sicherheitspolitik mit den Interessen der jeweiligen Bündnispartner aufs engste verflochten. In der Bundesrepublik wurde vorausgesetzt, daß die Unterordnungsverhältnisse immer die gleichen seien, die Politik in ihrer Zielsetzung immer mit der des Bündnisses übereinstimme und die Entscheidung eines Einzigen immer den Interessen aller entspreche.<sup>6</sup> Die Blockbildung und die damit verbundene unwiderstehliche politische Dominanz der jeweiligen Führungsmächte USA und Sowjetunion erlaubten beiden deutschen Staaten keine eigenständigen Machtpositionen, die auch nicht gewollt waren, sondern die Machtmittel wurden unter Aufgabe von Souveränität in das jeweilige Bündnis eingebracht. Die auf deutschem Territorium kulminierende Konzentration von Truppen und Waffen bedeutete für beide deutsche Staaten zwar hohe Stabilität, aber verbunden mit sicherheitspolitischer Unbeweglichkeit. Beide deutsche Staaten waren ungeachtet ihrer geographischen Lage im Zentrum Europas aus einer ehemals gemeinsamen geostrategischen Mitte zu exponierten Frontstaaten in einer Randlage geworden. Jetzt lagen zwei Kugeln am tiefsten Punkt einer konkav gewölbten Fläche mit einer Mauer zwischen ihnen.

## 6. Die Lage nach 1989 - neue Mitte?

Für einige Autoren geopolitischer Analysen steht die Realität der neuen Mittellage<sup>7</sup> Deutschlands im Europa nach der Wende außer Zweifel. „An dem Zusammenhang von Geographie und Politik, man kann durchaus auch sagen: Geopolitik,

---

<sup>5</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: a.a.O., S. 117.

<sup>6</sup> Vgl. Heinz Brill: Deutschland im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte (1945-1990), in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 260.

<sup>7</sup> Vgl. Jochen Thies: Perspektiven deutscher Außenpolitik, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 528.

läßt sich...nicht rütteln.“<sup>8</sup> In dieser Lage und „nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Schwinden dieser spezifischen Bedrohungssituation wird den Deutschen zunehmend bewußt werden, daß die Definition ihrer Interessen und ihre Handlungsoptionen auch von geopolitischen Gegebenheiten, zumal vom Schicksal der Mittellage, mitbestimmt wird,“<sup>9</sup> denn wir haben bis in die Gegenwart hinein mit einem west-östlichen Entwicklungsgefälle zu tun, in dem die Deutschen - ähnlich wie in der Geographie - in der Mitte stehen.<sup>10</sup> Diese Mitte ist durchaus risikobehaftet. „Direkt an der deutschen Ostgrenze beginnt eine große Erdbebenzone, die bis nach Wladiwostok reicht.“<sup>11</sup> Auch Michael Stürmer sieht Deutschland, „ob es will oder nicht, in die geostrategische Bruchzone Europas gerückt.“<sup>12</sup> Zwar ist das vereinigte Deutschland nunmehr ausschließlich von befreundeten Nachbarn umgeben, jedoch birgt diese Lage wiederum, diesmal wegen des nach Osten hin rapide zunehmenden Stabilitätsgefälles sicherheitspolitische Risiken, die dadurch verschärft werden, daß Deutschlands Nachbarn im Osten von diesem wirtschaftlichen Kraftzentrum in Europa handfeste Hilfeleistungen für den eigenen Aufbau erwarten, denen es sich in eigenem Interesse nicht entziehen kann. Um im Bild zu bleiben, liegt die Kugel derzeit auf einer planebenen Fläche direkt an der Kante einer schiefen Ebene. Einerseits gehört die geopolitische Mittellage Deutschlands im Herzen Europas zu den objektiven Konstanten und langfristig wirkenden Rahmenbedingungen, die unsere politische Konzeption berücksichtigen muß, andererseits sind es aber die Erfahrungen der Geschichte, „die zur Absage an jeden Sonderweg in der außenpolitischen Orientierung führen müssen.“<sup>13</sup> Wie Michael Stürmer („In dieser Weltenwende .. hat die Idee der deutschen Mitte Europas keinen Boden in der Wirklichkeit.“<sup>14</sup>) warnt auch der Bundespräsident aus den Erfahrungen der Geschichte heraus vor einem „Einstieg in den Umstieg von der westeuropäischen Integrationspolitik zu einer Politik nationaler Alleingänge in alter neuer Mittellage.“<sup>15</sup> Dem trugen die politischen Absichten der Verträge und Gipfeltreffen des Jahres 1990 durchaus Rechnung, die darauf hinausliefen, Deutschland eindeutig zu definieren: „Grenzen und Bündnisse ebenso wie die lebenswichtigen Interessen nach Westen und das große, aber deshalb umso strikter einzu-

---

<sup>8</sup> ebenda.

<sup>9</sup> Michael Grossheim/Karlheinz Weissmann/Rainer Zitelmann: Wir Deutschen und der Westen, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 12f.

<sup>10</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: a.a.O., S. 104.

<sup>11</sup> Jochen Thies: a.a.O., S. 528.

<sup>12</sup> Michael Stürmer: Die Grenzen der Macht, Berlin 1992, S. 247.

<sup>13</sup> Volker Rühle: Es geht nicht um Eroberungskriege, es geht um Hilfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Nr. 210 vom 10.09.1993, S. 12.

<sup>14</sup> Michael Stürmer: a.a.O., S. 223.

<sup>15</sup> Gunter Hofmann/Werner A. Perger: Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt am Main, 1992, S. 99f.

grenzende Obligo im Osten.“<sup>16</sup> So, wie auf der einen Seite Deutschland geographisch und geopolitisch die Mittellage zuerkannt wird, so wird sie von denen abgelehnt, die, auf der historischen Erfahrung aufbauend, seine neue gesamtpolitische Lage bewerten und geradezu vom Rückfall in die Mittellage warnen, da sie offensichtlich mit Bindungslosigkeit gleichgesetzt wird, mit einem deutschen Sonderweg oder mit deutscher „Schaukelpolitik“. Wie stark oder schwach, stabil oder instabil, handlungsfähig oder gelähmt Deutschland in den nächsten fünf bis zehn Jahren auch immer sein mag, es bleibt die relativ stärkste Macht zwischen England und Frankreich im Westen sowie Rußland im Osten, und zum ersten Mal seit dem Westfälischen Frieden 1648 besteht im Zentrum Europas gegenüber Deutschland keine fremde Vormacht mehr.<sup>17</sup>

## 7. Deutschland in der neuen Raum-Mächte-Konstellation

### 7.1. Westeuropa

Ende der achtziger Jahre erlebten Geographie, Streitkräfte und Wirtschaft als Bestimmungsfaktoren europäischer Sicherheitspolitik einen raschen Bedeutungswandel. Während die beiden westeuropäischen Mächte Frankreich und Großbritannien mit unverändertem Potential in die neunziger Jahre gegangen sind, hat Deutschland einen starken Zuwachs erfahren. Der Gewinn an Territorium und Bevölkerung vergrößert die ohnehin erstrangige Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes in Europa. Der 2+4-Vertrag garantiert die staatliche Souveränität und gibt der Bundesrepublik Deutschland - zumindest theoretisch - die Freiheit, eigenständige nationale Interessen zu definieren und zu verfolgen und seine politischen Bindungen selbst zu bestimmen. Hinzu kommt die Tatsache, daß in einer Entwicklung, in der die militärischen Potentiale in Europa an Bedeutung verlieren, die natürliche Lage der Staaten und ihre wirtschaftlichen Ressourcen an Gewicht gewinnen müssen.<sup>18</sup> Deutschland war bereits vor 1989 zusammen mit Frankreich Kernland der europäischen Integration. Nicht nur sein angewachsenes eigenes nationales Potential wird sein Gewicht in der Europäischen Union weiter steigern, sondern der Eintritt Österreichs und der nordischen Staaten wird das innere Gleichgewicht der Gemeinschaft ändern. Im allgemeinen werden deutsche Interessen stärkeres Gewicht bekommen. Durch Sprache (mit Ausnahme Finnlands), Religion und Kulturgeschichte gehören diese Staaten dem deutschen Kulturkreis an, und

---

<sup>16</sup> Michael Stürmer: a.a.O., S. 224.

<sup>17</sup> Vgl. Lothar Rühl: Die Mittellage Deutschlands in Europa und ihre sicherheitspolitischen Konsequenzen, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), SASVP IV, Teil C, Band 9, Ebenhausen 1993, S. 149.

<sup>18</sup> Vgl. Heinz Magenheimer: a.a.O., S. 138.

sie sehen vermehrt auf die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie Lösungen für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme suchen.<sup>19</sup> Mit seinen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Ressourcen hat Deutschland die Potenz für eine aktive Großmachtpolitik, also für die Entfaltung dessen, was man als „Zivilmacht“ bezeichnet.<sup>20</sup> Insgesamt hat die neue Lage jedoch die Raum-Mächte-Ordnung und damit auch die politische Geographie in Europa geändert: Deutschland, einst geteilter Frontstaat des Kalten Krieges, wird zum natürlichen Mittler zwischen Ost- und Westeuropa. Die Großmächte Frankreich, Großbritannien, und Rußland - anstelle der implodierten Sowjetunion - rücken aus den Zentren West- und Osteuropas an die eurostrategische Peripherie und werden zu Flankenstaaten,<sup>21</sup> und Deutschland ist, insgesamt gesehen, ein bedeutsamer Pfeiler der atlantischen Brücke zwischen Nordamerika und Europa. Deutschland als Teil der geopolitischen Mitte Europas mit offenen Grenzen nach Osten bedarf nämlich nicht nur eigener Verteidigung, die ohne Bündnisdeckung nicht möglich ist, sondern auch stabiler politischer Verhältnisse an seinen Grenzen<sup>22</sup>. Wie schon seit der Reichsgründung 1871 geht es unverändert auf dem europäischen Kontinent darum, ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen und zu halten. Jedoch ist dies, anders als in den Epochen vor 1945, nicht mehr eine Balance unter Konkurrenten, sondern unter verbündeten Staaten mit denselben Grundanschauungen und Zielen. Auch in dieser neuen Konstellation kommt es darauf an, dieses Gleichgewicht unter den westeuropäischen Partnern zu erhalten, denn weder die kontinentale europäische Großmacht Frankreich noch Großbritannien sehen sich veranlaßt, ihren Führungsanspruch in Europa aufzugeben. Frankreich sieht in einer engen Allianz mit Deutschland und in einer europäischen Integration den erfolgversprechendsten Weg, deutsche Politik wenigstens ansatzweise zu kontrollieren und somit über europäische Mitbestimmung das deutsche Potential zumindest mittelbar auch für seine Zwecke nutzbar zu machen. Das wachsende Gewicht Deutschlands in Europa verfolgt man in Großbritannien mit Unbehagen<sup>23</sup> Aus britischer Sicht gilt es, eine unerwünschte Hegemonie des größten Bevölkerungs- und Wirtschaftspotentials in Europa durch Einbindung in die westlichen Allianzsysteme, die Europäische Union und das Atlantische Bündnis zu verhindern. So ging es 1990 (bei den 2+4-Verhandlungen) im Grunde nicht nur um deutsche Wiedervereinigung, es ging auch, und vor allem, um die Architektur und die Balance Europas<sup>24</sup> und den Ausgleich des neuen Gewichts Deutschlands durch mehr Integration.<sup>25</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Nils Morten Udgaard: The Nordic Countries, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), SASVP IV, Teil C, Band 9, Ebenhausen 1993, S. 85.

<sup>20</sup> Heinz Magenheimer: Geopolitische Umbrüche und Neukonstellation in Ostmittel- und Osteuropa, In: NV+ZV 4/1993, S. 7.

<sup>21</sup> Vgl. Lennart Souchon: a.a.O., S. 41.

<sup>22</sup> Lothar Rühl: Bedürfnis nach Sicherheit, in: Die Welt vom 09.Dezember 1993.

<sup>23</sup> Vgl. Lennart Souchon: Die Renaissance Europas, Herford/Bonn, 1992, S. 155.

<sup>24</sup> Vgl. Michael Stürmer: a.a.O., S. 197.

<sup>25</sup> Michael Stürmer: a.a.O., S. 210.

## 7.2. Gesamteuropa

Die Bedeutung der politischen Einigkeit und Stabilität Westeuropas zeigt sich bei einem Blick auf Gesamteuropa. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs schrumpfte die Europäische Gemeinschaft de facto zu einer westeuropäischen. Abgesehen vom innerwesteuropäischen Gleichgewicht stellt sich bei dem bestehenden politischen und wirtschaftlichen und damit sicherheitspolitischen Stabilitätsgefälle in Europa von West nach Ost viel stärker das Problem des Stabilitätstransfers mit dem Ziel, die Staaten Mittel- und Osteuropas in die Lage zu versetzen, an der europäischen Integration teilzuhaben und so aus Westeuropa ein geeintes Europa entstehen zu lassen. „Wenn keine Symmetrie zwischen dem Osten und dem Westen Europas mit Deutschland in der Mitte erreicht wird, wird es kein langfristiges und harmonisches Gleichgewicht geben.“<sup>26</sup> In der neuen Raum-Mächte-Konstellation bezeichnen Ost und West keine Systemqualitäten und Wesenheiten mehr, sondern Himmelsrichtungen, das Gefälle von Wohlstand und Armut, den unterschiedlichen Grad von Produktivität, Modernität, Konfliktpotentialen und Konfliktfähigkeiten.<sup>27</sup> „Man kann dies alles zusammenfassen als Transformation des Raums, in dem die Deutschen sich neu zurechtfinden müssen.“<sup>28</sup> Ähnlich wie Polen sehen auch die anderen Staaten Ostmitteleuropas und des Baltikums im vereinigten Deutschland das natürliche Gravitationszentrum Europas. Sie erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eine Türöffnerfunktion für die Europäische Union und einen Fürsprecher für die Heranführung an die NATO. Die „Macht in der Mitte Europas“ kann sich auch nicht von geopolitischen Sachverhalten abkoppeln, kann sich nicht in die „Machtvergessenheit“ flüchten.<sup>29</sup>

## 8. Deutschland als sicherheitspolitischer Akteur

Trotz besserer Voraussetzungen als vor 1989 mit seinem überlegenen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Finanzpotential setzt sich Deutschlands gewachsenes Gewicht nicht in politische Macht um<sup>30</sup>, die international nach wie vor weitgehend durch die Fähigkeit zur Projektion militärischer Macht bestimmt wird. Diese Fähigkeit ist in Deutschland von allen europäischen Mächten am wenigsten weit entwickelt, da

---

<sup>26</sup> Kazmierz Wdoyicki: Die schöpferische Kraft der Erwartungen. Was von den Deutschen zu erwarten ist, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), SASVP IV, Teil C, Band 9, Ebenhausen 1993, S. 114.

<sup>27</sup> Vgl. Karl Schlögel: Deutschland: Land der Mitte, Land ohne Mitte, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 443.

<sup>28</sup> Karl Schlögel: a.a.O., S. 444.

<sup>29</sup> Heinz Magenheimer: a.a.O., S. 7.

<sup>30</sup> Vgl. Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt am Main, 1991, S. 632.



die Bundeswehr ausschließlich unter Aspekten der Ausbalancierung des Bedrohungspotentials des Warschauer Paktes und nicht aus eigener Souveränität heraus zur Vertretung nationaler Sicherheitsinteressen konzipiert und strukturiert war. Da diese Masse zudem noch (mit einer kaum ins Gewicht fallenden Ausnahme) für einen Einsatz ausschließlich auf eigenem Territorium optimiert war, ist Deutschland außerhalb seines Territoriums zu eigenständigen militärischen Operationen unfähig. So ist Deutschland in dreierlei Hinsicht weder Groß- noch Weltmacht: Es besitzt keine Atomwaffen, es verfügt nicht über blockierenden Einfluß in der Weltpolitik (UN-Vetorecht), und es ist abhängig vom Absatz seiner Produkte sowie vom Einkauf lebenswichtiger Rohstoffe im Ausland.<sup>31</sup> Aus eigener Kraft kann der Staat den Zugang zu diesen weit entfernten Ressourcen nicht sicherstellen, da er eben unfähig ist zur weltweiten Projektion militärischer Machtmittel. Dazu fehlen im nationalen Streitkräftepotential die entsprechenden Komponenten wie Nachrichtengewinnung und Kommunikation über strategische Entfernungen, Langstreckenflugzeuge einschließlich Bomber, Mittel zur Luftbetankung, strategische Transportmittel, Flugzeugträgergruppen, Marineinfanterie und ein weltweites Stützpunktsystem. All diese Kräfte und Mittel waren in der Zeit der Konfrontation für Deutschland in seiner sicherheitspolitischen Lage weder vorgesehen noch notwendig. Obwohl die neue Lage sie nunmehr eigentlich erforderte, ist der Aufbau dazu benötigter Strukturen bei der derzeitigen Akzeptanzlage der Bevölkerung, die sich indirekt in den für Verteidigung bewilligten Mitteln ausdrückt, allenfalls langfristig - und dann nur in bescheidenem Rahmen (Nachrichten, Kommunikation, Transport) - zu erwarten. Dies muß allerdings dann Wunschenken bleiben, wenn an der Landesverteidigung als Legitimationsgrundlage der Streitkräfte weiterhin festgehalten wird. Auch einer wehrwilligen Bevölkerung ist dieser geistige Spagat nur schwer zu vermitteln.

Auf seine Handlungsmöglichkeiten in der internationalen Friedenswahrung und Krisenbewältigung kommt Deutschland die neue, nicht mehr ausschließlich militärisch definierte Sicherheitspolitik sehr entgegen. Es könnte seine offensichtliche militärische Schwäche durch Kräfte, Mittel und Maßnahmen aus anderen Bereichen ausbalancieren. Wo dies im Konzert der internationalen Mächte keine Resonanz findet, muß Deutschland entweder auf eine Bewußtseinsänderung hinarbeiten, seine Ansprüche zurückschrauben, oder eigene militärische Potentiale aufbauen. Welchen Weg es wählt, hängt weitgehend vom eigenen Selbstverständnis ab.

### *Exkurs: Das eigene Selbstverständnis*

Das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn und seine Rolle in der internationalen Politik wird außer von der Lage im Raum und seiner Wirtschafts- und Finanzkraft wesentlich mitbestimmt von der Grundhaltung der Bevölkerung und

---

<sup>31</sup> Karl Grobe: Das Weltkind, in: Frankfurter Rundschau vom 10.12.1993.

vom Selbstverständnis der handelnden Personen bzw. Entscheidungsträger in der Politik. Daher gehört zum Versuch einer Standortbestimmung auch, die Gründe für die gegenwärtige deutsche Befindlichkeit aufzuzeigen, die sich offensichtlich von der unserer Nachbarn unterscheidet, denn weshalb könnte sonst der Bundesverteidigungsminister fordern, daß „wir das gleiche außen- und sicherheitspolitische Grundverständnis entwickeln (müssen) wie unsere Nachbarn und Bündnispartner.“<sup>32</sup> Mit dem hier aufgezeigten offensichtlichen Mangel scheinen unsere Voraussetzungen für Partnerschaften mit anderen Ländern noch unterentwickelt, denn „Germany should become a normal country and assume its normal and fair share of burdens — security and otherwise — for in the final analysis this is the only stable and equitable basis for a partnership.“<sup>33</sup> Auf der Suche nach Unterschieden zum Selbstverständnis unserer Nachbarn stößt man immer wieder auf zwei Faktoren: Das Verhältnis zur Macht und eine Reserviertheit gegenüber nationaler Eigenständigkeit. „Die Literatur der ersten Nachkriegsjahre - politisch, historisch oder schöngeistig - war ein Chor der Abkehr und Abwehr. Distanzen zur Macht, zur Geschichte, zu Deutschland.“<sup>34</sup> Über Macht zu sprechen oder nachzudenken, mußte Anstoß erregen, ja begründete den Verdacht, es habe einer die Lektion der Geschichte mangelhaft begriffen.<sup>35</sup> „Dieses traumatische Verhältnis zur Macht ist eine gefährliche Anomalie. Sie kostet die meisten Deutschen das Selbstvertrauen und die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, die ihre Bündnispartner nun von ihnen erwarten.“<sup>36</sup> Mit dieser Haltung scheint ein weiteres Phänomen eng verbunden, die Abkehr, ja Tabuisierung, geopolitischen Denkens. „Daß in Deutschland in den ausgehenden sechziger Jahren...solche Kategorien und Begriffe konsequent mit einem Verbot belegt wurden, die einst in der Geopolitik benutzt worden waren, mußte erhebliche Folgen für das Verständnis internationaler Politik haben.“<sup>37</sup> Diese aus der Erfahrung der jüngsten Geschichte heraus verständliche Abkehr von Macht und der freiwillige Verzicht auf die Entwicklung eigenständiger gesamtstrategischer Konzepte blieben in der Zeit eingeschränkter Souveränität ohne Folgen, im Gegenteil, sie kamen den Partnerländern nicht ungelegen, denn in der festen Einbindung ins westliche Bündnis hätte der Versuch eines eigenen deutschen Weges nur irritiert. Zudem war Deutschland nicht gezwungen, eigene Machtmittel in inter-

---

<sup>32</sup> Volker Rühle: Die Zukunft der Bundeswehr in einem neuen Umfeld bewertet, in: Bundeswehr aktuell Nr. 38 vom 25. Mai 1993, S. 3.

<sup>33</sup> Ronald D. Asmus: Germany in the Eyes of the American Security Elite, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SASVP IV, Band 9, S. 20, Ebenhausen 1993.

<sup>34</sup> Michael Stürmer: a.a.O., S. 146.

<sup>35</sup> Vgl. Michael Stürmer: a.a.O., S. 147.

<sup>36</sup> Karl Feldmeyer: Die NATO und Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 471f.

<sup>37</sup> Michael Grossheim/Karlheinz Weissmann/Rainer Zitelmann: Wir Deutschen und der Westen, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 13.

nationalen Krisen und Konflikten einzusetzen und blieb somit auch frei von der Übernahme von Verantwortung. Doch genau dies wird jetzt zunehmend von Deutschland gefordert, und dem kann man sich auch nicht verschließen, denn für den bisherigen „Importeur von Sicherheit“<sup>38</sup> gilt es, diese negative Zahlungsbilanz endlich auszugleichen. Aber die deutsche Außenpolitik „leidet unter einem langfristigen Handikap, nämlich dem Verdrängen des Faktors Machtpolitik aufgrund der spezifischen deutschen Erfahrungen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts.“<sup>39</sup> In seiner neuen Lage nach der Wende hatte Deutschland grundsätzlich Wahlfreiheit nach Westen wie nach Osten.<sup>40</sup> Jedoch stand für die politische Führung von vornherein der Erhalt der festen Westbindung und die Fortführung der politischen Integration Westeuropas außer Frage. Das erscheint auch plausibel, denn „geographische Lage, Bevölkerungsdichte, Infrastruktur, internationale Verflechtung ... lassen eine selbständige Sicherheitspolitik nicht zu.“<sup>41</sup> Aber die Rigorosität, mit der z.B. behauptet werden kann, Bündnisfähigkeit sei Teil unserer Staatsräson,<sup>42</sup> klingt eher danach, als sei Bündnispflicht ein Teil derselben. Die Gründe für diese Haltung sind zu finden in der Angst, durch einen erneuten eigenständigen Weg zwischen West und Ost wieder Schiffbruch zu erleiden. Schon Konrad Adenauer glaubte, man müsse die Deutschen vor sich selbst bewahren: „Wenn ich einmal nicht mehr da bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.“<sup>43</sup> Dies hat sich offensichtlich bis heute nicht geändert. „Die Deutschen verstehen sich selber als >unsichere Kantonisten<, ihnen manglele es an Politikfähigkeit; diese >Psycho-patenvariante< akzeptiert eine freiwillige Teilentmündigung.“<sup>44</sup> Man gibt sich noch heute betont europäisch, wobei Europa für einen Teil, jedenfalls verbal, an die Stelle der Nation getreten ist.<sup>45</sup> Tilman Mayer stellt geradezu eine Angst vor allem Nationalen fest. „Die >Angst vor Deutschland< ist am größten in Deutschland selbst, und sie wird dort in die Geschichte zurückprojiziert.“<sup>46</sup> Auch erklärt

---

<sup>38</sup> Karsten Voigt: „Wenn Teile der SPD von Militarisierung der Außenpolitik reden, ist das borniert“. In: Frankfurter Allgemeine-Sonntagszeitung vom 20. September 1992.

<sup>39</sup> Jochen Thies: Perspektiven deutscher Außenpolitik, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 527.

<sup>40</sup> Vgl. Jochen Thies: a.a.O., S. 524.

<sup>41</sup> Lennart Souchon: Die neue deutsche Sicherheitspolitik, Herford/Bonn, 1990, S. 41.

<sup>42</sup> Vgl. Volker Rühle: Die Zukunft der Bundeswehr in einem neuen Umfeld bewertet, in: Bundeswehr aktuell Nr.38 vom 25. Mai 1993, S. 3.

<sup>43</sup> Franz-Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin, 1989, S. 136.

<sup>44</sup> Ludwig Watzal: Der Irrweg von Maastricht, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 490.

<sup>45</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: >Nation< und >Modernisierung< in der deutschen Geschichte, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 118.

<sup>46</sup> Tilman Mayer: Fragmente zur Bestimmung der deutschen Nationalstaatlichkeit, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 504.

er sogleich, die deutsche >Nationalstaatphobie< komme nicht überraschend. Einmal wolle man nicht erkennen, daß nicht der Nationalstaat, sondern totalitäre Kräfte von linker wie rechter Provenienz die Weltkriege ausgelöst haben. Zwischen Nationalismus und Nationalstaatlichkeit werde überhaupt nicht mehr differenziert, wenn wenige postkommunistische Nationen ihre ungelösten Nationalitätskonflikte militant lösen. Man fühlt sich durch das Aufbrechen dieser Konflikte im antinationalen Denken bestätigt.<sup>47</sup> Diese Angst erklärt das geradezu hektische Streben in die europäische Integration. Jedoch wird man den Eindruck nicht los, die Deutschen wollten als Europäer nach Europa. Auf diesen Gedanken würde niemand beispielsweise in England oder Frankreich kommen, oder gar aus der Zugehörigkeit zum Westen eine neue politische Religion zu formen.<sup>48</sup> So erheben sich nicht von ungefähr auch in Deutschland Stimmen, die die Europaeuphorie kritisieren. Insgesamt gesehen scheint es zwei Generationen nach der Katastrophe von 1945 noch zu früh, die Erwartungen unserer Alliierten nach Normalität und die Forderungen nach dem >aufrechten Gang<<sup>49</sup> erfüllen zu können. Solange die deutsche politische Elite sich ihrer selbst nicht sicher ist und ihr Verhältnis zur Macht nicht entkrampfen kann, ist strikte Westbindung verbunden mit Ein- bzw Unterordnung der einzige Weg für erfolgreiche Politik, in der den Partnern in Europa und den USA die Führung überlassen bleiben soll. Sogar in dieser Rolle könnte Deutschland intern zur Stabilisierung der innereuropäischen Machtbalance und des Verhältnisses Westeuropas zu den USA beitragen und Akzente setzen. Vielleicht wird nach zwei weiteren Generationen Deutschland die politische Reife für eine eigenständigere Rolle in der Weltpolitik erlangt haben. Mit dem derzeitigen Selbstverständnis verbunden mit der ungeklärten Bereitschaft, Machtmittel vorzuhalten und gegebenenfalls auch einzusetzen, erscheint das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wesentlich verfrüht.

## 9. Bewertung

Die neue Lage gibt der Bundesrepublik Deutschland beste Voraussetzungen für eine aktive Rolle in der Neugestaltung Europas. Die Bedeutung dieser Rolle ist, nicht nur geographisch gesehen und sicherheitspolitisch bewertet, hoch und wächst in globaler Dimension mit wirtschaftlicher und kultureller Interdependenz und technologischer Informations- und Verkehrsvernetzung.<sup>50</sup> „Deutschland wird nicht nur zum Schnittpunkt internationaler politischer und wirtschaftlicher Kommunikations-

---

<sup>47</sup> Vgl. Tilman Mayer: a.a.O., S. 506.

<sup>48</sup> Vgl. Michael Grossheim/Karlheinz Weissmann/Rainer Zitelmann: Wir Deutschen und der Westen, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 10.

<sup>49</sup> Tilman Mayer: Fragmente zur Bestimmung der deutschen Nationalstaatlichkeit, in: Rainer Zitelmann u.a. (Hrsg.): Westbindung, a.a.O., S. 515.

<sup>50</sup> Vgl. Lennart Souchon: Die Renaissance Europas, Herford/Bonn, 1992, S. 114.

linien innerhalb Europas, sondern es erhält durch seine zentrale Lage gleichzeitig auch eine kontinentale militärstrategische Drehscheibenfunktion.“<sup>51</sup> Die zentrale geographische Position Deutschlands in Europa bietet einen Schlüssel zum Verständnis der internationalen Handlungsmöglichkeiten und der außenpolitischen wie der militärstrategischen, verkehrstechnischen und ökologischen Sicherheitsbedingungen des deutschen Staates. Die Grenzen zu den östlichen Nachbarn sind eine Linie des geopolitischen Übergangs, entlang derer sich die westliche Allianz und Westeuropa auf dem Kontinent nach Osten öffnen.<sup>52</sup> Diese Erkenntnisse bieten neue, hoffnungsvolle Möglichkeiten des Handelns wie vertiefte Integration mit den westeuropäischen Demokratien, Erweiterung der staatlichen Zusammenschlüsse nach Osten, das dauerhafte Bündnis in der NATO mit der großen Demokratie der Vereinigten Staaten als Weltmacht, als See- und Nuklearmacht und die weltweite Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts und eine offene und gerechte Weltwirtschaftsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen.<sup>53</sup> Gerade im Hinblick auf die wenig ausgeprägte Stabilität der mittel- und osteuropäischen Staaten und ihre Erwartungen an Deutschland in seine Rolle als Türöffner zu EU, WEU und NATO<sup>54</sup> kann die Bundesrepublik Deutschland ihre geographischen und geopolitischen Lagevorteile nur dann erfolgreich umsetzen, wenn eine feste Einbindung in den westeuropäischen Staatenverbund potentielle Ängste ausschließen. Somit kann Deutschland seine Aufgaben im Stabilitätstransfer nach Osten nur erfolgreich leisten, wenn es, um in den eingangs benutzten Bildern zu bleiben, wegen der eigenen Lage am Rand der nach Osten abfallenden schiefen Ebene der Stabilität fest an ihrem höchsten Punkt - also in der Westbindung - verankert bleibt. Die zwingende Notwendigkeit der Westbindung steht damit für Deutschland fest, zumindest solange, bis es ihm als Teil eines (mit Nord- und Südeuropa integrierten) Westeuropa gelungen ist, zusammen mit seinen Partnern ein Gesamteuropa gleicher Stabilität zu schaffen und in einem System kooperativer oder gar kollektiver Sicherheit<sup>55</sup> zu einer ausbalancierten Raum-Mächte-Konstellation beizutragen.

---

<sup>51</sup> Vgl. Wolfgang Weyrich. Sicherheitspolitische und militärische Aufgabenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 21. September 1992, S. 27.

<sup>52</sup> Vgl. Lothar Rühl: Die Mittellage Deutschlands in Europa und ihre Sicherheitspolitischen Konsequenzen, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), SASVP IV, Teil C, Band 9, Ebenhausen 1993, S. 145.

<sup>53</sup> Vgl. Volker Rühle: Es geht nicht um Eroberungskriege, es geht um Hilfe, in: FAZ Nr. 210 vom 10.09.1993, S. 12.

<sup>54</sup> Vgl. Martin S. Lambeck: Rühle will NATO nach Osten öffnen, in: Die Welt vom 29.09.1993

<sup>55</sup> Vgl. Lothar Rühl: Krisenbeherrschung in Europa: Mittel, Wege, Grenzen und Möglichkeiten, In: Europa-Archiv, Folge 6/93, S. 159.

## 10. Fazit

Die künftige Geometrie der deutschen Lage aber wird am meisten abhängen von der Regelung der sowjetischen Erbfolge, von der weltpolitischen Bestimmung, welche sich die Vereinigten Staaten von Amerika zudenken (Amerikas Präsenz ist für das Gleichgewicht Europas lebenswichtig, schon, um die Nuklearmacht Rußland auszubalancieren), und von der Stabilität des Verhältnisses zu Frankreich (man hat in Paris schnell gelernt, daß man mehr Europa wollen muß, wenn man nicht mehr Deutschland haben will).<sup>56</sup> Die Konzeption für den gesamten Raum, die den Möglichkeiten Europas und der Nordatlantischen Allianz entspricht und die Sicherheitsbedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt<sup>57</sup>, ist fünf Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs überfällig. Deutschland kann dies zwar allein nicht leisten, jedoch prädestiniert es seine Lage zum Ideengeber. Solange jedoch deutsche Vorschläge für eine „Grand Strategy“<sup>58</sup> nur vom Verteidigungsminister und nur im Ausland gemacht werden und im eigenen Land kaum Echo finden, kann die Bundesrepublik ihrer Position und natürlichen Rolle in Europa nicht gerecht werden. Dabei kommt es für Deutschland darauf an, einerseits die Erwartungen zu erfüllen, die die nordischen, die mitteleuropäischen und die baltischen Länder in uns setzen hinsichtlich ihrer Heranführung an Kerneuropa. Andererseits aber darf diese gestärkte Position allenfalls in der Mittlerrolle zwischen Europa und Amerika bzw. zwischen London und Paris ausgespielt werden, keinesfalls jedoch in einen Führungsanspruch in Europa umgesetzt werden. Die größte europäische Zivilmacht muß ihr Potential für den Stabilitätstransfer nach Osten mobilisieren. Damit sie das kann, benötigt sie selbst einen unverrückbaren Anker in der Westbindung und die volle sicherheitspolitische Rückendeckung durch ihre westeuropäischen und atlantischen Partnerländer. Die wird ihr dann zuteil, wenn sie ihr eigenes Verhältnis zur Macht geklärt, ihre Möglichkeiten zum Handeln an ihren Ansprüchen ausgerichtet hat und damit der ihr zukommenden internationalen Verantwortung gerecht werden kann als Voraussetzung für die Anerkennung als gleichberechtigter Partner. Fehlt diese Voraussetzung, läuft sie Gefahr, ihr überragendes, in die europäische Integration eingebrachtes Potential mehr zum Nutzen der Partner als zum eigenen aufgebraucht zu sehen und damit Diener und Arbeitspferd einer Gemeinschaft zu werden, in der sie die Richtung nicht mitbestimmt. Das wird dann immer noch besser sein, als wieder zu versuchen, ein eigenes Kraftfeld aufzubauen und so wieder eine Situation sicherheitspolitischer Instabilität in Europa zu provozieren.

<sup>56</sup> Vgl. Michael Stürmer: a.a.O., S. 203.

<sup>57</sup> Vgl. Volker Rühle: Die Zukunft der Bundeswehr in einem neuen Umfeld bewertet, in: Bundeswehr aktuell Nr. 38 vom 25.Mai 1993, S. 3.

<sup>58</sup> Vgl. Volker Rühle: „Gestaltung euro-atlantischer Politik - eine Grand Strategy für eine neue Zeit“. Rede anlässlich des „Alistair Buchan Memorial 1993“ am 26.März 1993 in London, in: Material für die Presse, Der Bundesminister der Verteidigung - Presse - (Hrsg.) vom 26.März 1993, S. 13.